

«Der Bund»: Thema Ausgabe vom 15.05.2004

Guantanamo hat die Latte tiefer gesetzt

USA haben dem Kampf gegen den Terror internationale Abkommen geopfert

Washington versucht, die Folterungen in Irak als Einzelfälle darzustellen. Doch es wäre kaum soweit gekommen, wenn die USA nach dem 11. September dem Kampf gegen den Terror nicht internationale Abkommen geopfert hätten.

Karin Reber Ammann, Washington

Die Bilder gingen um die Welt: Männer in orangefarbenen Overalls knien am Boden, Hände und Füsse zusammengekettet, Operationsmasken vor dem Mund, Ohrenschützer und schwarz eingefärbte Skibrillen übergestülpt. Am 11. Januar 2002, genau vier Monate nach den Attentaten auf World Trade Center und Pentagon, landeten die ersten 20 Gefangenen aus Afghanistan auf dem US-Militärstützpunkt Guantanamo in Kuba. In den nächsten zehn Tagen kamen weitere 140 des Terrorismus Verdächtige dazu. Ein Fotograf der Navy machte die Bilder.

Auf den weltweiten Aufschrei reagierte die Regierung Bush empört. «Dies sind die Schlimmsten eines sehr schlimmen Haufens», erklärte Vizepräsident Cheney. Diese Gefangenen hätten beabsichtigt, «Millionen Amerikaner zu töten». Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus erhielt im Weissen Haus höchste Priorität; die Angst vor einem weiteren terroristischen Anschlag stellte nationale Sicherheit über internationales Recht. Washington verkündete, die Häftlinge in Guantanamo seien «feindliche Kämpfer» und nicht Kriegsgefangene. Somit würden sie nicht unter die Genfer Konventionen fallen.

Die Haltung, das Recht nur zu respektieren, wenn es einem gelegen kommt, bereitete laut Experten den Vorfällen im Gefängnis Abu Ghraib den Boden, wo US-Soldaten irakische Häftlinge misshandelten. «Unsere Regierung hat auf allen Stufen unzählige Signale gesendet, welche den Krieg gegen den Terror über die Genfer Konventionen stellten», sagt etwa der Historiker Christopher Browning.

Liste mit Befragungstechniken

Die Vorgänge in Guantanamo, wo heute 600 Gefangene aus über 40 Ländern sitzen, liegen grösstenteils im Dunkeln. Ein Mitarbeiter im Verteidigungsministerium hat allerdings der «Washington Post» bestätigt, dass es eine Liste mit bewilligten Befragungstechniken gebe, die vom April 2003 stammt. Darin enthalten sind Schlafentzug, die Häftlinge Hitze und Kälte aussetzen oder mit grellem Licht und lauter Musik zermürben. Vergangene Woche – mitten in der Aufregung um die Fotos misshandelter irakischer Gefangener – gab das Verteidigungsministerium bekannt, zwei Wärter in Guantanamo hätten Disziplinarstrafen wegen «übermässiger Gewalt gegen Inhaftierte» erhalten.

147 Häftlinge wurden in den vergangenen zwei Jahren aus Guantanamo entlassen. Einige sagten den Medien, sie seien brutal behandelt und zu falschen Geständnissen gezwungen worden. Die Mehrheit der Freigelassenen sprach jedoch von einem anständigen Umgang. Menschenrechtsgruppen haben wenig Beweise für Misshandlungen gefunden. Kenneth Roth, Geschäftsführer von Human Rights Watch, sagt, er habe keine Informationen über harsche Befragungsmethoden. Im Gegenteil: «Wir haben Hinweise darauf, dass die Leute in Guanta-

namo im Lauf der Zeit zur Einsicht gelangt sind, es bringe mehr, sich als ‚lieber Polizist‘ zu geben.»

34 Selbstmordversuche

Misshandelt werden die Gefangenen vor allem psychisch: Die Ungewissheit über ihr eigenes Schicksal und den fehlenden Zeitplan erleben die meisten als traumatisch; laut der «Washington Post» kam es bisher zu mindestens 34 Selbstmordversuchen. Verteidigungsminister Rumsfeld sagte Ende letzten Jahres, die Guantanamo-Häftlinge würden solange festgehalten, bis der Krieg gegen den Terrorismus vorbei sei – was Jahrzehnte dauern könnte.

Die zeitlich unbegrenzte Haft ohne Gerichtsurteil wurde von ausländischen Regierungen und Menschenrechtsgruppen gleichermassen kritisiert. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) betonte im vergangenen Oktober, das Festhalten der über 600 Männer in Guantanamo sei inakzeptabel. Es reagierte damit auf die vielen Selbstmordversuche und drückte seine Besorgnis über die «Verschlechterung der psychischen Gesundheit» eines Grossteils der Insassen aus. Christophe Girod, IKRK-Leiter in Washington, sagte damals, bei den Befragungen wollten die Gefangenen immer als erstes wissen, was mit ihnen geschehen werde. Inzwischen hat sich das Oberste Gericht mit der Frage auseinandergesetzt; sein Urteil wird im Frühsommer erwartet.